

9/2007

PRESSEMITTEILUNG

Physiker fordern größere Anstrengungen beim Klimaschutz

Deutschland verfehlt seit Jahren seine Klimaschutzziele

Bad Honnef, 17. April 2007 – „Deutschland muss sich beim Klimaschutz mehr anstrengen“, fordert Professor Eberhard Umbach, Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG), angesichts der jüngsten Zahlen des Umweltbundesamtes. Die Behörde hatte Ende März bekannt gegeben, dass der Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases – Kohlendioxid – im Jahre 2006 gegenüber 2005 nicht etwa gesunken, sondern sogar um 0,6 Prozent angewachsen ist. „Seit Jahren gibt die deutsche Umweltpolitik ehrgeizige Ziele vor, die dann bei weitem nicht erreicht werden. Das Bundeskabinett hat 1995 beschlossen, bis zum Jahr 2005 den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent relativ zum Ausstoß von 1990 zu senken. Im Jahr 2000 wurde diese Zielmarke im Rahmen des Nationalen Klimaschutzprogramms abermals festgelegt. Doch dieses Ziel wurde nicht nur krass verfehlt, seit 1999 haben wir de facto eine Stagnation bei der Verminderung der Kohlendioxidemission in Deutschland. Um glaubwürdig zu werden, muss die Umweltpolitik endlich ihre Ziele und die zu ihrer Realisierung notwendigen Maßnahmen in Einklang bringen“, betont der DPG-Präsident.

Die Europäische Union hat sich am 9. März 2007 in Brüssel darauf verständigt, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu drosseln. Diese Regelung bezieht sich auf die Gesamtemission aller Treibhausgase, ohne für einzelne Treibhausgase spezifische Ziele zu nennen. „Es ist jedoch klar, dass es im Wesentlichen um die Reduktion von CO₂ gehen muss“, meint Umbach. „Denn der Ausstoß der übrigen Klimagase wie Methan und Lachgas wurde inzwischen soweit gesenkt, dass für eine Reduktion dieser Gase nur noch wenig Spielraum bleibt. Beim CO₂ ist dieser Spielraum sehr viel größer.“

Der Beschluss von Brüssel betrifft die Gemeinschaft aller 27 EU-Staaten. Welche Kontingente einzelne Länder zu schultern haben, ist Gegenstand weiterer Verhand-

lungen. Sollten alle Mitglieder in gleicher Weise beitragen, dann müsste auch jeder einzelne EU-Staat und insbesondere Deutschland seine Treibhausgas-Emissionen – de facto seine CO₂-Emissionen – um 20 Prozent senken. Hierzulande wäre eine solche Reduktion bis 2020 tatsächlich erreichbar, vorausgesetzt der Trend der letzten Jahre setzt sich fort (s. Grafik). Allerdings bliebe dieses Ergebnis weit zurück hinter den Vorgaben des eigenen Nationalen Klimaschutzprogramms aus dem Jahre 2000. Darin festgelegt ist nämlich eine Reduktion um 25 Prozent – und zwar bereits für das Jahr 2005. „Dieses Ziel wurde offensichtlich völlig verfehlt und so spricht heute niemand mehr davon“, beklagt Umbach. „Deutschland möchte beim Klimaschutz Vorbild zu sein, dann sollten wir auch zu unseren Zielen stehen.“

Eine ehrgeizige Zielmarke hat jetzt die EU in die Diskussion gebracht. Sofern sich USA und China für mehr Klimaschutz engagieren, sollen die Emissionen europaweit sogar um 30 Prozent gesenkt werden. Der DPG-Präsident ist allerdings skeptisch, dass Deutschland imstande wäre, dieses Ziel einzuhalten: „Deutschland ist der größte Kohlendioxidproduzent der EU. Schon bei der europaweiten Reduktion um 20 Prozent werden unsere Nachbarländer erwarten, dass wir uns selbst besonders anstrengen und sogar etwas mehr reduzieren als 20 Prozent. Allein das wird schon schwer genug.“ Die Annahme, dass Deutschland seinen Ausstoß sogar um 30 Prozent drosseln kann, entbehre deshalb jeglicher Grundlage, so Umbach: „Jedenfalls dann, wenn wir so weiter machen wie bisher.“

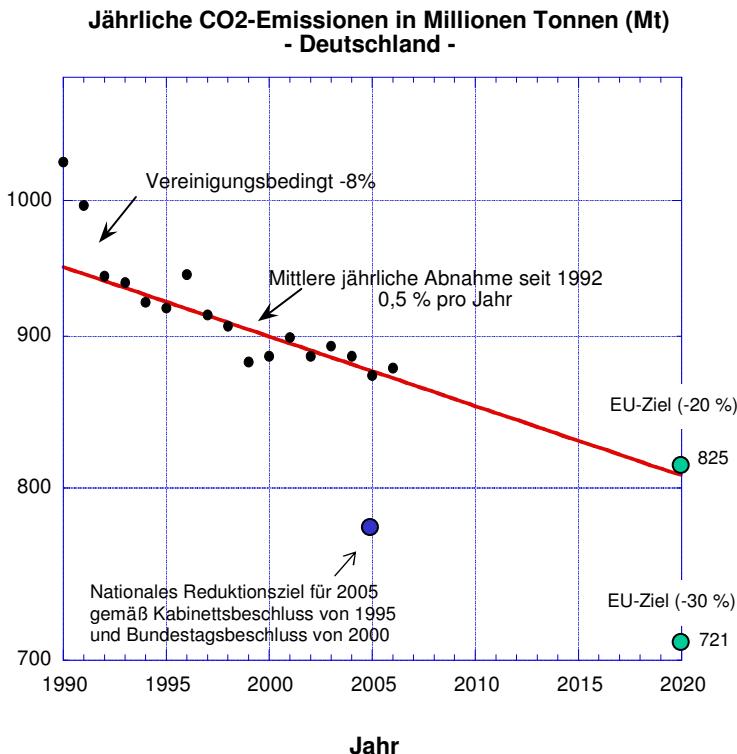
„Natürlich kann das Weltklima durch Verminderung der deutschen Emissionen allein nicht verbessert werden“, unterstreicht Umbach. „Das Ziel einer deutschen Klimaschutzpolitik sollte jedoch darin liegen, Beiträge zu leisten, welche die anderen Akteure überzeugen, gemeinsam die richtigen Schritte zu unternehmen. Vorbild zu sein erfordert aber, dass man seine eigenen Ziele erreichen kann und dass man vernünftige Lösungsansätze unterbreitet. Deshalb wiederhole ich meinen Vorschlag, dass Deutschland, am besten noch im Rahmen der EU-Präsidentschaft, eine groß angelegte Forschungs- und Entwicklungsinitiative zu Energieversorgung und Klimaschutz ins Leben ruft. Das von Bundesministerin Annette Schavan unlängst angekündigte Aktionsprogramm ‚Forschung für den Klimawandel‘ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Über die vorgesehenen Maßnahmen hinaus erscheint es mir aber unverzichtbar, viel mehr Forschungs- und Entwicklungsarbeit in die mittel- und langfristige Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes zu

investieren. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, denn es ist aufgrund seiner wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Position ganz eindeutig dazu in der Lage.“

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft e.V. (DPG) ist die älteste und mit rund 53.000 Mitgliedern die größte physikalische Fachgesellschaft weltweit. Als gemeinnütziger Verein verfolgt sie keine wirtschaftlichen Interessen. In einem Aufruf warnte sie bereits 1987 vor der Klimaänderung durch den Menschen. Im Jahre 2005 veröffentlichte die DPG die Studie „Klimaschutz und Energieversorgung in Deutschland 1990 - 2020“. Weitere Infos: www.dpg-physik.de

ANHANG/GRAFIK

Entwicklung der deutschen CO₂-Emissionen von 1990 bis 2006



Datenpunkte von 1990 bis 2004: Bundeswirtschaftsministerium, Energiedaten
Datenpunkte 2005 und 2006: Umweltbundesamt, Presseinformation 16/2007

Im Mittel der letzten 16 Jahre ist der jährliche Ausstoß von Kohlendioxid nur mit einem halben Prozent pro Jahr gesunken, doch ist **in den letzten 8 Jahren eine weitgehende Stagnation zu verzeichnen**. So betrug der Wert im Jahre 1999 882 Millionen Tonnen und ist bis 2006 nur um 4 Millionen Tonnen auf 878 Millionen Tonnen gefallen.

Das 1995 beschlossene, deutsche Klimaschutzziel einer Reduktion von 25 Prozent gegenüber 1990 (dies entspricht 773 Millionen Tonnen CO₂) sollte im Jahr 2005 erreicht werden – es wurde weit verfehlt. Würde sich der Trend der letzten 16 Jahre so fortsetzen, wäre im Jahre 2020 zwar eine Reduktion um 20 Prozent erreichbar (auf 825 Millionen Tonnen). Die von der EU angebotene Reduktion um 30 Prozent würde dagegen weit verfehlt. Und weil Deutschland innerhalb der EU der größte Kohlendioxidproduzent ist, bedeuten die EU-Ziele (Beschluss vom 9. März 2007) für Deutschland sogar noch höhere Reduktionen.